

Niederschrift

zur Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2003/2008)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 05.03.2008	18.00 – 19.45 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

Fraktion DIE LINKE.

Fiedler, Monika
Meinl, Maria
Paschek, Helga
Sachse, Gerold

CDU-Fraktion

Koch, Uwe
Lohaus, Ursula
Petenati, Wolfgang
Teichmann, Jürgen

SPD-Fraktion

Alter, Elisabeth
Bluschke, Helga
Wagner, Elke

FDP-Fraktion

Hoffrichter, Lothar

Bündnis 90/Die Grünen

Czerwinske, Inge

Bürgermeister

Reim, Manfred

Verwaltung

Daske, Bernd
Hengst, Ulrich
Hoffmann, Ulrich
Poltz, Andreas
Roch, Jürgen
Schickert, Andrea

Vertretung für Herrn Roland Schulze

Abwesend

SPD-Fraktion

Schulze, Roland

Verwaltung
Fellner, Anne

TOP 1 Bestätigung der Tagesordnung der 42. Sitzung

Die Tagesordnung wird einschließlich der Ergänzung um den TOP 3.5. DS-Nr. 4/527 – Kommunalwahl am 28.09.2008 **einstimmig** bestätigt.

TOP 2 Bestätigung der Niederschrift der 41. Sitzung vom 28.11.2007

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung wird **mit 2 Enthaltungen einstimmig** bestätigt.

TOP 3 Drucksachen öffentliche Sitzung

TOP 3.1 Verordnung über mögliche Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen 4/524

Die Abg. Czerwinske moniert, dass am 21.12.08 ein „Adventssingen“ mit dem verkaufsoffenen Sonntag verbunden wird. Sie hält das für keine besonders glückliche Verbindung bzw. Formulierung.

Frau Schickert erklärt, dass die Anregungen und Anlässe für die verkaufsoffenen Sonntage aus der Händlerschaft benannt werden.

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage beigefügte Verordnung über mögliche Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen aus Anlass von besonderen Ereignissen in der Stadt Fürstenwalde wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 3.2 Berichtigung eines offensichtlichen Schreibfehlers in der Hundesteuersatzung der Stadt Fürstenwalde 4/526

Beschlussvorschlag:

Der § 11 der Hundesteuersatzung der Stadt Fürstenwalde (Ersetzungssatzung) vom 04.10.2007 wird rückwirkend zum 01.01.2007 entsprechend der vorliegenden korrigierten Fassung berichtigt.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 3.3 Änderungsantrag zum Antrag "Kostenübernahme Essengeld" vom 21.11.2007 der Fraktion DIE LINKE.

Die Abg. Fiedler informiert, dass im Sozialausschuss keine übereinstimmende Meinung erreicht wurde. Zu dem eingebrachten Änderungsantrag wurden weitere Änderungsvorschläge diskutiert und die Entscheidung in den Hauptausschuss verlegt, um den Fraktionen weitere Beratungszeit einzuräumen.

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Abg. Sachse, schlägt eine erneute Diskussionsrunde mit dem Ziel vor, das Thema nun nicht weiter zu zerreden, sondern eine Entscheidung herbeizuführen. Die Abg. Paschek erläutert noch einmal alle Gedanken, die die Fraktion bewegen haben, diese Vorgehensweise im Interesse der Kinder vorzuschlagen.

Der Abg. Hoffrichter erinnert, dass bereits seit mehreren Monaten über dieses Thema diskutiert wird. Er meint, dass die tatsächliche Bedürftigkeit der hier zur Rede stehenden Familien aber weder nachgewiesen, noch ausreichend recherchiert oder definiert wurde. Aus ehrenamtlicher Tätigkeit

sind ihm die vielschichtigen Probleme einiger Familien sehr wohl bekannt (Sucht, Geldmangel, fehlende Fürsorge der Eltern usw.) und er schlägt vor, direkt durch Patenschaften Einfluss zu nehmen. Für wirklich bedürftige Familien wäre die Hilfestellung auch in Form von Sponsoring denkbar oder durch die Umsetzung der Idee „die Tafel“. Er macht den Vorschlag, hier das Ehrenamt in den Fordergrund zu stellen, weil für andere Lösungen einfach die finanziellen Mittel fehlen.

Herr Politz erläutert, dass am Kita-Essen fast alle Kinder teilnehmen. Dies ändert sich mit Eintritt in die Schule, was zum einen an dem etwas höheren Preis liegen könnte. Es könnte zum anderen jedoch auch daran liegen, dass die „Kontrollinstanz“ fehlt. Er macht außerdem darauf aufmerksam, dass das erforderliche Budget dem der Wohlfahrtspflege entspräche und er nicht weiß, wie die Deckung erfolgen soll. Außerdem ist die Umsetzung mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden. Herr Politz meint weiterhin, das größere Problem bei der Kinderernährung ist nicht das fehlende, sondern das falsche und ungesunde Essen.

Die Abg. Wagner sieht auch eher die falsche Ernährung sowie organisatorische Probleme innerhalb der Familien im Vordergrund und nicht die fehlenden finanziellen Mittel. Sie bekräftigt noch einmal die Meinung der SPD-Fraktion aus dem Sozialausschuss, nämlich das Essen in Höhe von 50 % bei den Klassenstufen 1 bis 4 zu bezuschussen, jedoch nicht in voller Höhe zu übernehmen.

Die Abg. Alter sieht durchaus Handlungsbedarf und greift den Vorschlag des Abg. Hoffrichter auf. Sie schlägt vor, die Aufgaben der „Familienbetreuung“ an das Lokale Bündnis für Familie zu übertragen. Die Abg. Fiedler begrüßt angesichts der vielen Probleme in den Familien diesen Vorschlag. Der Bürgermeister meint, entsprechende Angebote müssten unterbreitet bzw. bereits bestehende vom Lokalen Bündnis koordiniert werden.

Der Abg. Petenati stellt in Frage, dass mit der Umsetzung des vorgeschlagenen Beschlusses erreicht wird, dass alle Kinder essen. Wenn Kinder nicht essen oder ohne Essen in die Schule kommen, dann liegen die Probleme, wie angesprochen, in den Familien und im Umfeld. Deshalb scheint eine andere Herangehensweise an die Probleme geboten.

Die Abg. Czerwinske fürchtet, dass mit dem Familienbündnis die problematischen Familien nicht erreicht werden. Außerdem ist fraglich, ob eine Leistung angenommen wird, die gar nichts kostet. Deshalb wird die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich dem Vorschlag der SPD anschließen. Allerdings bittet sie die Verwaltung um Auskunft, wie die Finanzierung erfolgen könnte.

Herr Hengst antwortet, dass neben der Ausgabeumverteilung oder -erhöhung im freiwilligen Bereich auch die mögliche Einnahmeerhöhung zu betrachten wäre. Zunächst sollte aber das Verhältnis von Aufwand und Nutzen geprüft werden. Es kann nicht sein, dass 50 T€ Personalkosten verursacht werden, um 50 T€ zu verteilen. Abschließend meint er, wenn die konkrete Summe bekannt und ein entsprechender Beschluss gefasst ist, wird die Verwaltung auch Finanzierungsvorschläge unterbreiten.

Die Abg. Lohaus weist grundsätzlich auf ein juristisches Problem hin. Der Essenzuschuss als wiederkehrende Sachleistung muss von den Hilfeempfängern beim Amt für Grundsicherung angegeben und würde dem Einkommen zugerechnet werden, denn die Kosten für Ernährung sind in den Regelleistungen des Amtes enthalten. Hier sollte vor Beschlussfassung mit dem LOS eine Klärung herbeigeführt werden.

Die Abg. Wagner bittet, aufgrund dieser neuen Sachlage auf eine Beschlussfassung zu verzichten und die juristische Seite erst zu klären.

Die Abg. Meinel erklärt abschließend ihre Bereitschaft, für einen Monat und ein Kind an der 1. Grundschule das Essengeld zu zahlen bzw. ab 1.4. die Patenschaft zu übernehmen, wenn hier keine Einigung erzielt wird. Diesen Vorschlag hält die Abg. Czerwinske zwar für loblich, meint aber, dass die Probleme damit verschärft würden. Einem Kind wird dank Patenschaft geholfen, einem anderen nicht, da es keinen Paten hat. Das ist nicht die Lösung. Sie verweist außerdem darauf, die juristische Problematik bereits im Sozialausschuss angesprochen zu haben.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Diskussion zu beenden. Diesem Antrag wird **einstimmig zugestimmt**. Zum Ende der Diskussion bittet er die Anwesenden um ein „Stimmungsbild“ und fragt, wer sich dem Kompromissvorschlag der SPD-Fraktion (Zuschuss zum Essengeld) anschließen könnte. Er stellt fest, dass dieser Vorschlag, der denn noch konkretisiert und mit dem Amt für Grundsicherung möglichst bis zur STVV geklärt werden muss, eine eindeutige Mehrheit findet.

TOP 3.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 21.11.2007 "Fürstenwalde engagiert sich verstärkt beim Klimaschutz"

Der Vorsitzende begründet den vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE noch einmal kurz und hofft, dass auch die anderen Fraktionen konstruktive Vorschläge zu diesem Thema beitragen.

Der Abg. Koch geht auf einige Punkte des Antrages ein und meint, diese werden bereits umgesetzt, z.B. die Beachtung des Ökonomiegrundsatzes, andere Maßnahmen werden objektbezogen entschieden (Wärmedämmung, Energieeinsparung usw.). Dafür gibt es als zuständiges Gremium den Stadtentwicklungsausschuss. Dort werden viele der angesprochenen Maßnahmen berücksichtigt, diskutiert und beschlossen.

Die Abg. Czerwinske verweist auf eine Broschüre „Klimaschutz in der Kommune“ von der Partei Bündnis 90/Die Grünen, in der zahlreiche objektbezogene Vorschläge (nachhaltiges Heizen, kommunale Solardächer, Wasserverbrauch, Beleuchtung, nachhaltiges Beschaffungswesen usw., Einbindung der Bevölkerung, Schulprojekte). Fürstenwalde hat auf diesem Gebiet bereits einiges erreicht (seit 1998 Lokale Agenda) und fängt nicht bei Null an. Sie stellt der Verwaltung diese Broschüre zur Verfügung.

Der Erste Beigeordnete verweist auf die Nachrüstung und Ausstattung von Wasserspartechnik bzw. Solardächern bei vielen öffentlichen Einrichtungen und die Einführung der Budgetierung, die ein großer Anreiz zur Energie- und Kosteneinsparung ist.

Die Abg. Alter verweist auf viele verschiedene Projektideen, die mit allen Altersgruppen in der Bevölkerung umgesetzt werden können und die jedem auch im eigenen Interesse am Herzen liegen. Sie unterstützt es deshalb nicht, dafür in der Verwaltung ein/e Verantwortliche/n zu benennen oder den Aufwand in Form eines weiteren Ausschusses oder Beirates zu vergrößern.

Der Abg. Sachse betont, dass es im Beschlussvorschlag darum geht, die Verwaltung zu beauftragen, einen Maßnahmenkatalog/ein Konzept zu erarbeiten, wie sich die Stadt Fürstenwalde zum Thema Klimaschutz mit einer Vielzahl von Maßnahmen verstärkt in der Öffentlichkeit profiliert und darstellt.

Der Abg. Koch fragt, ob die Notwendigkeit besteht, diese Vorschläge, die durchaus die Zustimmung der anwesenden Fraktionen finden, per Beschluss zu formulieren, denn sie werden ja bereits umgesetzt und müssen nun in der täglichen Arbeit kontinuierlich weitergeführt oder ausgebaut werden. Ein konkreter Vorschlag ist z.B. die Umstellung der Stromversorgung auf einen günstigeren Tarif. Andere Vorschläge, wie der Einsatz von Energiesparlampen bei der Straßenbeleuchtung bzw. die Wärmedämmung o.ä. sind lange Thema im Stadtentwicklungsausschuss.

Der Bürgermeister begrüßt die Vielfalt der politischen Ansätze zu diesem Thema, denn dass sich die Stadt auch perspektivisch weiterhin Umweltfragen und dem Klimaschutz widmen wird, bleibt unbenommen. Dafür, so auch seine Meinung, sollten die vorhandenen Gremien genutzt werden.

Er nimmt jedenfalls den Auftrag mit, dass die Verwaltung eine Diskussionsgrundlage zu diesem Thema erarbeitet.

Die Abg. Paschek betont, dass auch die Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema verbessert und der bisher erreichte Stand in einer IST-Analyse erfasst werden muss. Der Abg. Koch regt an, z.B. bei Hochbaumaßnahmen in der Drucksache auf entsprechende Maßnahmen hinzuweisen. Diese Anregung sollte dort angewendet werden, wo sie sinnvoll ist und sich anbietet und ohne große Bürokratie umzusetzen ist.

Der Vorsitzende stellt den Vorschlag zur Abstimmung, die Verwaltung mit der Erarbeitung einer Klimaschutzkonzeption zu beauftragen. Dies wird bei **3 Enthaltungen einstimmig** angenommen.

Der Bürgermeister informiert, dass im Zuge der Verwaltungsreform Herr Hoffmann entlastet und im Hinblick auf kommende Wahlen andere VerwaltungsmitarbeiterInnen eingearbeitet werden sollen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beruft Herrn Christoph Malcher zum Wahlleiter.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beruft Frau Petra Bonnowitz, Mitarbeiterin der Verwaltung, zur Stellvertreterin des Wahlleiters.

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 4 Informationen der Verwaltung

Herr Hoffmann informiert, dass mit der Meldung für die Schöffentätigkeit bzw. der Erarbeitung der Namensliste möglicherweise auch bestimmte politische Kräfte versuchen werden, Gewicht zu bekommen in der Rechtsprechung der Gerichte. Die anwesenden Fraktionen haben damit bei der Beschlussfassung dieser Liste eine besondere Verantwortung und bedanken sich für diesen Hinweis.

Die Abg. Fiedler informiert, dass diese Problematik auch bei der letzten Platfformsitzung thematisiert wurde und die Abg. Alter ergänzt, dass alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt werden müssen, um Namen und Personen zu hinterfragen.

TOP 5 Anfragen an die Verwaltung

Der Abg. Sachse fragt, ob seitens des Landkreises im Rahmen des öffentlich-geförderten Beschäftigungssektors (Kommunalkombilohnmodell) bereits Vorschläge an die Stadt herangetragen wurden. Der Bürgermeister antwortet, dass die Stadt entsprechende Anträge an den Kreis stellt, nachdem der Bedarf und der Eigenanteil der Stadt untersucht wurde. Im städtischen Haushalt steht dafür ein Betrag zur Verfügung, mit dem rd. 10 Projekte umgesetzt werden könnten.

Die Abg. Czerwinske hat festgestellt, dass trotz Bauende in der Dr. W.-Külz-Straße weiterhin die Umleitungsstrecke am Hotel Kaiserhof von vielen sehr rasant fahrenden Autofahrern genutzt wird. Die Verwaltung greift diesen Hinweis auf.

TOP 6 Beendigung der öffentlichen Sitzung

Die öffentliche Sitzung wird um 19.45 Uhr geschlossen. Die Niederschrift umfasst 5 Seiten.

Gerold Sachse
Vorsitzender

Franka Koch
Schriftführerin